

ORF Online

https://orf.at/stories/3189455/?fbclid=IwAR2eVACq_II4ULB-MCkRpHztEjS8fWB6MlaWTNPUK6Pq3u19RSceRNi-yo

Nach „Abfuhr“: Gerichtsdolmetscher planen Protestmaßnahmen

11. November 2020, 17.45 Uhr

[Teilen](#)

Nach den bisher gescheiterten Gesprächen über eine Gebührenerhöhung planen Österreichs Gerichtsdolmetscher und -dolmetscherinnen nun „wirksame Protestmaßnahmen“. Das teilte der Verband der allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Gerichtsdolmetscher (ÖVGD) gestern mit.

Ein Termin im Justizministerium habe zu „frustrierenden Ergebnissen“ und einer „neuerlichen Abfuhr“ geführt. In den kommenden Tagen werde man mit den Mitgliedern weitere Protestmaßnahmen beraten.

Keine Erhöhung des Tarifs seit 2007

Der Verband beklagt, dass trotz höheren Budgets – dem Justizministerium stehen im kommenden Budget 65 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung – keinerlei Verbesserung der Gebührensituation des Gerichtsdolmetscherwesens geplant sei. Der Berufsstand wird derzeit nach den Tarifen im Gebührenanspruchsgesetz 1975 entlohnt. Für die erste halbe Stunde gibt es 24,50 Euro, jede weitere wird mit 12,40 Euro abgegolten.

Bei einer schriftlichen Übersetzung – etwa bei wesentlichen Aktenstücken – erhält der Sprachmittler, der auch als Übersetzer tätig ist, 15,20 Euro für je 1.000 Schriftzeichen, ohne Leerzeichen. Dass der Tarif seit 2007 nicht einmal mehr an die Inflationsrate angepasst wurde, kritisiert der Verband schon längere Zeit.

Noch keine regierungsinterne Einigung

In der heutigen Besprechung im vom Justizministerin Alma Zadic (Grüne) geleiteten Ressort sei dem Verband von „hochrangigen Beamten“ mitgeteilt worden, dass eine Gebührenreform am Koalitionspartner gescheitert sei. Auf ORF.at-Anfrage hieß es aus dem Ministerium, dass es noch keine regierungsinterne Einigung zur Novelle zum Sachverständigen- und Dolmetscherwesen gebe.

Laut ÖVGD spiele Geld für die Zukunft des Berufsstandes eine Rolle. Denn die Zahl der qualifizierten Sprachmittler nahm in den vergangenen 15 Jahren rasant ab. 2006 zählte man bundesweit 1.400 zertifiziert und beeidete Gerichtsdolmetscher, heute noch etwas mehr als 720, die den per Bundesgesetz geregelten Anforderungen entsprechen.

Die Zahl wird in naher Zukunft aber nicht steigen. Der Altersschnitt im ÖVGD, wo 530 Gerichtsdolmetscher Mitglied sind, liegt bei 60 Jahren. Kritisch sieht der Verband, dass vermehrt Laiendolmetscher für Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen von Behörden und Gerichten herangezogen werden.

jkla, ORF.at